



Schriftleitung, Verlag & Druckerei: Halle, Dr. Straßmannstr. 10/11. G.-Vertrag 274 21. Tel.-Nr. 240. Samstag, Geschäftsstell. Reichsminister 10, Wallenhausstr. 10, Postfach 10, Gellertstr. 42. Im Halle übliche Gewalt (Streik) besteht kein Anspruch auf Befreiung oder Rückvergütung.

Monatlicher Bezugspreis mit Inhaltsverzeichnis 1,25 RM. und 0,25 RM. Zustellgebühr, durch die Post 1,50 RM. Einzelpreis 0,15 RM. pro mm. die Restamteile 0,20 RM. pro mm. Erfüllungsort ist Halle. Postfachnummer 10/11. Postfachnummer 10/11.

62. Jahrgang Halle (Saale) Dienstag, 13. Dezember 1932 Nummer 292

Der bisherige Kurs in Preußen bleibt

Schleichers politische Betätigung in der Revolutionszeit

Besprechungen bei Hindenburg.

Der Reichspräsident empfing am Montag im Gegenwart des Reichsministers von Schleicher den Präsidenten des Reichstages Göring und den Präsidenten des Preussischen Landtages Kertel zu einer Besprechung über die weitere Behandlung der Frage Reichs-Preußen.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, war der Empfang auf die Initiative des Reichstagspräsidenten Göring zurückzuführen. Die beiden Parlamentspräsidenten dürften dem Reichspräsidenten ihre Ansichten über die nach ihrer Meinung zweckmäßigste Lösung der Preußenfrage darzulegen haben.

Der Reichspräsident dürfte hierbei feinerseits darauf hingewiesen haben, daß der Nationalismus Reich-Preußen durch die Wahl einer parlamentarischen Preußenregierung im Interesse des Reichs und des Landes nicht wieder aufleben dürfte.

In unrichtigten Kreisen vermeint man im übrigen darauf, daß die Lösung der Preußenfrage auf parlamentarischem Wege außer von den Nationalsozialisten auch vom Zentrum abhängt, dessen Zustimmung von einer Reihe von Bedingungen abhängig ist, die neben anderem auch eine Garantie für die Gleichberechtigung der Politik im Reich und in Preußen fordern.

In Berliner politischen Kreisen hat es großes Aufsehen erregt, daß der Reichspräsident die Präsidenten des Reichstages und des preussischen Landtages empfangen hat. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß Göring, der Nationalsozialistischer Seite an Stelle Straßers, die Besprechungen in Ministerpräsidenten gewährt werden sollte, feststellen wollte, ob Hindenburg im Falle seiner Wahl bereit sein würde, die Verordnung über die Einhebung eines Reichskommissars aufzuheben. Der Reichspräsident dürfte jedoch den Zusammenhang mit dem Kanzler nach wie vor in Kaufung verstehen haben, daß eine Zweiteilung der Gewalt in Reich und Preußen nicht zweckmäßig sei. Für die Reichsregierung würde sich ein andere Vorgehen nur dann ergeben, wenn der preussische Ministerpräsident gleichzeitig auch Mitglied der Reichsregierung wäre, so daß die Gleichberechtigung der Politik im Reich und im größten Lande gewährleistet ist.

Aus dieser Stellungnahme des Reichspräsidenten und des Reichsministers ergibt sich, daß die Nationalsozialisten nur dann die Möglichkeit hätten die Macht in Preußen zu ergreifen, wenn sie bereit sind, sich an dem Kabinett Schleicher in irgendeiner Form zu beteiligen. Daraus folgt, daß die Wahl eines nationalsozialistischen preussischen Ministerpräsidenten nur mit Hilfe der Zentrumstimmen möglich ist, und daß das Zentrum dafür die Bedingung gestellt hat, daß die neue preussische Regierung nicht zu einem Kampfbündnis mit den Nationalsozialisten in Preußen werden dürfte. Hier spielt auch der Fall Straßer eine gewisse Rolle, als dieser bekanntlich eher geneigt war, mit anderen Parteien bei einer Regierungsneubildung zusammenzugehen, während Göring in seiner Politik des „Alles oder Nichts“ unterliegt hat.

Wie aus nationalsozialistischen Kreisen verlautet, gibt sich die Parteileitung in der Person Ditters die größte Mühe, mit Straßer wieder zu einer Einigung zu kommen. Wenn diese Verhandlungen auch zweifellos längere Zeit in Anspruch nehmen dürften, so ist es immerhin doch nicht ausgeschlossen, daß es in der Zeit des „politischen Waffensstillstandes“ bis Mitte Januar gelingen und Gesandten zu überbringen. Einerseits glaubt man, daß Straßer in der Partei doch über mehr Anhänger verfügt als es äußerlich den Anschein hat, so daß die Parteileitung vielleicht doch zu einem Entgegenkommen geneigt sein würde. Andererseits hat Dittler in seinen letzten Reden in Breslau und Dresden der Regierung Schleicher im Januar den schärferen Kampf angekündigt. Charakteristisch ist aber auch, daß der hiesige Gauleiter Bräuner in Breslau die Hoffnung aus sprach,

Die Parteien und Genf.

In Berliner politischen Kreisen rechnet man damit, daß der Reichspräsident sich persönlich für die Genfer Einigung einsetzen wird, die er als Genosse auf dem Wege zur praktischen Gleichberechtigung Deutschlands bewerten dürfte. Der Reichsaussenminister, der am Montagmorgen in Berlin eingetroffen ist, hat sich unverzüglich mit dem Reichspräsidenten in Verbindung gesetzt, um ihm über seine Verhandlungen Bericht zu erstatten. Man rechnet nämlich in Regierungskreisen damit, daß die Genfer Einigung, ähnlich wie das Vianener Abkommen über die Beendigung der Reparationszahlungen, eine neue Wendung in das Verhältnis Dittler legt, ihren Einbruch auf die Parteien nicht verschleppen werden.

Es sei möglich, so erklärt man, daß die Januarverhandlungen in Genf, die zur praktischen Verwirklichung der Gleichberechtigung führen sollen, dazu dienen könnten, den Parteien in ihrem politischen Kampf eine gewisse politische Zurückhaltung aufzuerlegen, um die Erreichung des großen nationalen Zieles nicht zu gefährden. Es die Beobachtung, die in Regierungskreisen zu einem gewissen Optimismus Anlaß geben, in Wirklichkeit dem Auf der Dinge entgegen werden, ist noch keineswegs sicher. Es ist auch möglich, daß die Nationalsozialisten gerade am dem Genfer Abkommen fürchte Kritik überlegen werden, auf dieser Grundlage im Januar eine großangelegte Offensive gegen das Reichskabinett beginnen. In diesem Falle würde es voraussichtlich wieder zu einer Reichstagsauflösung und Neuwahlen im Frühjahr kommen, ohne daß es den Nationalsozialisten gelingt, sich in die Staatsführung einzuschalten.

Zwei Notverordnungen noch vor Weihnachten.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird die Reichsregierung voraussichtlich noch vor Weihnachten zwei Notverordnungen erlassen, und zwar die eine zur Ergänzung des Sozialprogramms, nachdem die sozialistische Unterstützung an die Reichsregierung vom Reichstag abgelehnt worden ist. Zweitens würden voraussichtlich die Terrornotverordnung, die Sondergerichte sowie die Notverordnung gegen Ausfährungen in der Presse aufgehoben werden.

Parlamentswache im Reichstag?

Die letzten bedeutenden Zusammenkünfte zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten im Reichstag, bei denen einige Abgeordnete und Kriminalbeamte Verletzungen erlitten haben, lassen den Gedanken wieder aufleben, ob es nicht zweckmäßig wäre, eine ständige uniformierte Parlamentswache im Reichstag in Bereitschaft zu halten. Man kann darauf hinweisen, daß andere Staaten wie Frankreich, Belgien und Holland schon seit langem derartige Wachen in ihren Parlamenten haben. Die erwähnten Vorfälle wären beim Vorhandensein einer Parlamentswache sicher vermieden worden.

Diese Wache, die im übrigen nicht allzu stark zu sein brauchte — 15 Mann würden genügen — müßte sich am besten im Wandelgang hinter dem Präsidium aufhalten, um so gewissermaßen einer Tamm zwischen den Handbalken der Ecken und der Redner zu bilden. Es wäre vielleicht noch zu erwägen, am Platz des Präsidenten eine Vorrichtung zu schaffen, die bei drohender Gefahr von Zusammenstößen die Parlamentswache in erhöhte Bereitschaft setzt.

Wie die „Wandbühler“ erzählt, erörtert man den Gedanken, einen Antrag auf Schaffung einer ständigen uniformierten Parlamentswache im Reichstag einzubringen, nachdem es sich herausgestellt hat, daß die bisher im Reichstag als Schutzwache eingesetzten Kriminalbeamten nicht ausreichen.

Ein neuer parlamentarischer Vorstoß.

Die Sozialdemokraten haben im Reichstag den Antrag eingebracht auf Einhebung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Soll die Annehmlichkeiten der Staatsanwaltschaften überprüfen, da noch keineswegs feststeht, ob die Anzeigen allgemein im Sinne der Reichstagsbestimmungen ausgeprochen werden. Bekanntlich ist dem Gesuchen der Strafverfolgungsbehörden in der Frage, welche Straftatbestände in der Frage, welche Verbrechen, durch die Reichstagsbestimmungen ein weiter Spielraum gelassen.

Der Reichspräsident empfing am Montag

im Gegenwart des Reichsministers von Schleicher den Präsidenten des Reichstages Göring und den Präsidenten des Preussischen Landtages Kertel zu einer Besprechung über die weitere Behandlung der Frage Reichs-Preußen.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, war der Empfang auf die Initiative des Reichstagspräsidenten Göring zurückzuführen. Die beiden Parlamentspräsidenten dürften dem Reichspräsidenten ihre Ansichten über die nach ihrer Meinung zweckmäßigste Lösung der Preußenfrage darzulegen haben.

Der Reichspräsident dürfte hierbei feinerseits darauf hingewiesen haben, daß der Nationalismus Reich-Preußen durch die Wahl einer parlamentarischen Preußenregierung im Interesse des Reichs und des Landes nicht wieder aufleben dürfte.

In unrichtigten Kreisen vermeint man im übrigen darauf, daß die Lösung der Preußenfrage auf parlamentarischem Wege außer von den Nationalsozialisten auch vom Zentrum abhängt, dessen Zustimmung von einer Reihe von Bedingungen abhängig ist, die neben anderem auch eine Garantie für die Gleichberechtigung der Politik im Reich und in Preußen fordern.

In Berliner politischen Kreisen hat es großes Aufsehen erregt, daß der Reichspräsident die Präsidenten des Reichstages und des preussischen Landtages empfangen hat. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß Göring, der Nationalsozialistischer Seite an Stelle Straßers, die Besprechungen in Ministerpräsidenten gewährt werden sollte, feststellen wollte, ob Hindenburg im Falle seiner Wahl bereit sein würde, die Verordnung über die Einhebung eines Reichskommissars aufzuheben. Der Reichspräsident dürfte jedoch den Zusammenhang mit dem Kanzler nach wie vor in Kaufung verstehen haben, daß eine Zweiteilung der Gewalt in Reich und Preußen nicht zweckmäßig sei. Für die Reichsregierung würde sich ein andere Vorgehen nur dann ergeben, wenn der preussische Ministerpräsident gleichzeitig auch Mitglied der Reichsregierung wäre, so daß die Gleichberechtigung der Politik im Reich und im größten Lande gewährleistet ist.

Aus dieser Stellungnahme des Reichspräsidenten und des Reichsministers ergibt sich, daß die Nationalsozialisten nur dann die Möglichkeit hätten die Macht in Preußen zu ergreifen, wenn sie bereit sind, sich an dem Kabinett Schleicher in irgendeiner Form zu beteiligen. Daraus folgt, daß die Wahl eines nationalsozialistischen preussischen Ministerpräsidenten nur mit Hilfe der Zentrumstimmen möglich ist, und daß das Zentrum dafür die Bedingung gestellt hat, daß die neue preussische Regierung nicht zu einem Kampfbündnis mit den Nationalsozialisten in Preußen werden dürfte. Hier spielt auch der Fall Straßer eine gewisse Rolle, als dieser bekanntlich eher geneigt war, mit anderen Parteien bei einer Regierungsneubildung zusammenzugehen, während Göring in seiner Politik des „Alles oder Nichts“ unterliegt hat.

Wie aus nationalsozialistischen Kreisen verlautet, gibt sich die Parteileitung in der Person Ditters die größte Mühe, mit Straßer wieder zu einer Einigung zu kommen. Wenn diese Verhandlungen auch zweifellos längere Zeit in Anspruch nehmen dürften, so ist es immerhin doch nicht ausgeschlossen, daß es in der Zeit des „politischen Waffensstillstandes“ bis Mitte Januar gelingen und Gesandten zu überbringen. Einerseits glaubt man, daß Straßer in der Partei doch über mehr Anhänger verfügt als es äußerlich den Anschein hat, so daß die Parteileitung vielleicht doch zu einem Entgegenkommen geneigt sein würde. Andererseits hat Dittler in seinen letzten Reden in Breslau und Dresden der Regierung Schleicher im Januar den schärferen Kampf angekündigt. Charakteristisch ist aber auch, daß der hiesige Gauleiter Bräuner in Breslau die Hoffnung aus sprach,

Schleichers politische Betätigung in der Revolutionszeit

Von Dr. Rudolf Fischer.
In wenigen Tagen wird bei der hiesigen Reichsanstalt Hamburg eine aufsehenerregende Broschüre über den Reichsanstalt von Schleicher aus dem Feder des bekannten Berliner Journalisten Dr. Rudolf Fischer erscheinen. Schon jetzt sind wir in der Lage, unseren Lesern aus der hochinteressanten Schrift von Schleicher, die in der Revolutionszeit 1918/19, unmittelbar auf die Ereignisse und unter anderem Material führt, einen bescheidenen Einblick mitzuteilen.

Das Offizierskorps war nicht unberührt geblieben von dem Gang der Ereignisse. Es befand sich damals in einem Zustand, der keine allzu starke Belastung mehr vertragen konnte. Wohl hat es die Krise des 9. November überstanden. Aber hinter der nach außen hin geschlossenen Front verbirgt sich viel Unzufriedenheit und Verwirrung, die zu unheilvoller Spaltung führen kann. Ein großer Teil der Offiziere kommt über die Frage der Monarchie innerlich nicht zur Ruhe. Es besteht keineswegs eine völlig einheitliche Auffassung über das Maß der Pflichten gegenüber der derzeitigen Staatsform. In den letzten Wochenstunden verlagert Disziplin und Erziehung. . . Viele gehen jetzt mit kalten Gesichtern aneinander vorbei, die jahrelang in treuer Kameradschaft zueinander hielten. Freundschaften zerbrechen, die fürs Leben geübt sind. (Wolfmann.)

Der politische Spaltplatz zur neuen Ordnung, seine Überwindung gelangt nur nach mancherlei Mühen und unter vielen Mühen, aber sie gelingt: — auf der „Generallinie“. Sie ist eine Leistung, durchaus erwachsen aus dem alten Geist des Offizierskorps.

Sie ist nicht denkbar, ohne jene Offiziere, welche zu den führenden Organen der Groenckeren Politik wurden. Sie hatten von den verschiedenen revolutionären Konventionen, vorkommenden Räten, Versammlungen und Kabinetten die Auffassung der Obersten Exekutivorgane zu vertreten und durchzuführen. Sie hatten anzuführen, zu leiten, zu beraten und in einer Welt von Eifer und Leidenschaft die schwierigsten Aufträge unter hoffnungslosen Umständen auszuführen. Das Handwerk, das sie hier zu üben hatten, war ihnen fremd, aber sie lernten auf dem radechten Wege keine Realitäten kennen, befamen einen Heberblick über die Lage, der sich das Offizierskorps gegenüber, erkannt die Möglichkeiten, die noch vorhanden es bei Durchführungen, und wurden nun immer geneigt die innere Zerlegung der Offiziersgemeinschaft.

In dieser Zeit verlebte sich der Major von Schleicher seine politischen Sporen. Er ist der „General“ von Geners. Er ist, wenn das Bild erlaubt, mit der „General“ „line“ ab ovo erwachsen. Seine Stimme ist mehr als einmal entscheidend für ihre Durchführung. Zum erstenmal läßt sich seine Wirksamkeit feststellen, als noch am 12. Dezember 1918 die Oberste Exekutivorgane den Einzug der heimkehrenden Truppen in Berlin zu einer Zäuberungsaktion benutzen wollte. Ebert machte diesen Plan nur mit halbem Herzen mit. Der Vorgesetzte forderte unter Führung Barths, daß nur die Berliner Regierung mit geringer Dummheit und nach der nötigen Bearbeitung durch revolutionäre Redner in die Reichsanstalt einziehen dürften. Eberts Gegner behaupten, als die Absichten der Exekutivorgane rückbar wurden, man plane einen auf Gänze gehenden Wegens. Als alle Abwägungen an Ebert, festzuhalten, nichts halfen, schickte Groener den Major von Schleicher von Nafel nach Berlin, um einen äußersten Druck auf Ebert auszuüben.

Es gelang Schleicher, der von Ebert, so weit es geht, unterstützt wird, das recht weitreichende Programm der Obersten Exekutivorgane durchzuführen, das nicht mehr und nicht weniger enthält, als die sofortige Einberufung des Reichstages zur Schaffung einer vorläufigen Reichsverfassung, die Abschaffung der Arbeiter- und Soldatenräte und die Wiederherstellung der Kommandostruktur der Offiziere, Entlassung der Zivilbevölkerung und Auflösung der revolutionären Transformationsorgane.

Sein Gegner ist Barth, mit Dittmarer gefüllt bis an den Rand, ein hemmungsloser Agitator, der vor nichts zurückschreckt. Von den Genossen ist Ebert, dessen Stellung durch ein Jubel an militärischer Bedeutung vernichtet werden kann. Singelen an der Saage sind Ebert und Dittmarer, denen man seinen muß.

Der Reichspräsident empfing am Montag im Gegenwart des Reichsministers von Schleicher den Präsidenten des Reichstages Göring und den Präsidenten des Preussischen Landtages Kertel zu einer Besprechung über die weitere Behandlung der Frage Reichs-Preußen.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, war der Empfang auf die Initiative des Reichstagspräsidenten Göring zurückzuführen. Die beiden Parlamentspräsidenten dürften dem Reichspräsidenten ihre Ansichten über die nach ihrer Meinung zweckmäßigste Lösung der Preußenfrage darzulegen haben.

Der Reichspräsident dürfte hierbei feinerseits darauf hingewiesen haben, daß der Nationalismus Reich-Preußen durch die Wahl einer parlamentarischen Preußenregierung im Interesse des Reichs und des Landes nicht wieder aufleben dürfte.

In unrichtigten Kreisen vermeint man im übrigen darauf, daß die Lösung der Preußenfrage auf parlamentarischem Wege außer von den Nationalsozialisten auch vom Zentrum abhängt, dessen Zustimmung von einer Reihe von Bedingungen abhängig ist, die neben anderem auch eine Garantie für die Gleichberechtigung der Politik im Reich und in Preußen fordern.

In Berliner politischen Kreisen hat es großes Aufsehen erregt, daß der Reichspräsident die Präsidenten des Reichstages und des preussischen Landtages empfangen hat. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß Göring, der Nationalsozialistischer Seite an Stelle Straßers, die Besprechungen in Ministerpräsidenten gewährt werden sollte, feststellen wollte, ob Hindenburg im Falle seiner Wahl bereit sein würde, die Verordnung über die Einhebung eines Reichskommissars aufzuheben. Der Reichspräsident dürfte jedoch den Zusammenhang mit dem Kanzler nach wie vor in Kaufung verstehen haben, daß eine Zweiteilung der Gewalt in Reich und Preußen nicht zweckmäßig sei. Für die Reichsregierung würde sich ein andere Vorgehen nur dann ergeben, wenn der preussische Ministerpräsident gleichzeitig auch Mitglied der Reichsregierung wäre, so daß die Gleichberechtigung der Politik im Reich und im größten Lande gewährleistet ist.

Aus dieser Stellungnahme des Reichspräsidenten und des Reichsministers ergibt sich, daß die Nationalsozialisten nur dann die Möglichkeit hätten die Macht in Preußen zu ergreifen, wenn sie bereit sind, sich an dem Kabinett Schleicher in irgendeiner Form zu beteiligen. Daraus folgt, daß die Wahl eines nationalsozialistischen preussischen Ministerpräsidenten nur mit Hilfe der Zentrumstimmen möglich ist, und daß das Zentrum dafür die Bedingung gestellt hat, daß die neue preussische Regierung nicht zu einem Kampfbündnis mit den Nationalsozialisten in Preußen werden dürfte. Hier spielt auch der Fall Straßer eine gewisse Rolle, als dieser bekanntlich eher geneigt war, mit anderen Parteien bei einer Regierungsneubildung zusammenzugehen, während Göring in seiner Politik des „Alles oder Nichts“ unterliegt hat.

das man zum Neubersten entschlossen ist, denen man aber gleichzeitig den Glauben geben muß, daß eine gewisse Grenze nicht überschritten, daß man loyal bleiben wird. Es will etwas heißen, daß in dieser Sitzung nicht einmal der Versuch ist, die Revolution zu vertreten, sondern nur die Forderung des Vollzugsrates unter den Tisch zu schieben.

Aber: das heute mit äußerster Anstrengung erlangt wurde, das jetzt morgen und nach bedeutungslos. So lautet das politische Ziel der letzter Tage. Der Kampf der Revolution noch unerschrittenen Truppen mislana. Sie liefern aneinander, erlangen der allgemeinen Suche; die alten Verbände werden bald nicht mehr verwendbar. Am Tage ihres Eintritts in Berlin man verprügeln die Mannschaften des 1. Garde-Regiments die Soldaten, die sie antworten; nach ein paar Tagen anwanen sie den Rekrutensoldatendankenden den Befehl nicht auszuführen. Es gelang nicht, auch nur einen Punkt des von Scheidter beschriebenen Programms durchzuführen. Das ist ein Versuch, auf das man alle Hoffnungen setzen muß, liegt gar zu hoch am Boden. Die Offiziere beraten, ob man nicht den Dienst ein- und es den revolutionären Kräfte überlassen sollte. Sie wollen nicht anrufen, nicht. Nur mit Mühe sind sie unter Mitwirkung des Generals von Serck davon abzubringen. Die Katastrophe ist vollkommen.

Es hat überdies alle Widerstände gegen das Offizierskorps maderieren. Es wird an Verleumdung aller Anstöße auf dem Kontrakt der Arbeiter und Soldatenrechte des Reiches, dem Revolutionsparlament, das am 16. Dezember in Berlin zu tauchen beginnt. Obert kann es nicht direkt vorbereiten, er würde dadurch nur neue Widerstände hervorbringen. Die Generäle von Serck sind und überdies Gefahr laufen, sich selber auszuscheiden.

Seine Tatkraft geht auf Hinhalten. Verleumdungen. Er läßt die Generäle sich ansetzen und ist da, wenn Befehle aufrecht werden. Aber es selbst ihm nicht, die Annahme seiner neuen Punkte seines Programms folgen zu werden, die politische Verständigung aller Teile der kaiserlichen Armee bedeuten. Die Offiziere Kommandogewalt über Meer und Marine soll danach von den Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat ausgeübt werden. Als Symbol der Zurückweisung der Militärs und der Abschaffung des Kaiserthums wird die Entfernung aller Kommandoscheine und das Verbot des auserwählten Offizierstragens angeordnet. Nur die Ausrüstung der Truppen und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenrechte verantwortlich. ... Die Soldaten wollen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrheit ihres Truppens nicht genießen, dürfen wiedergewählt werden. ... Die Abschaffung des heidenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beabsichtigen.

Dieses Dokument ist typisch für die Situation. Das ist Revolution nennt, ist unheimlich, hat keinen Sinn, etwas Neues gegen das Alte zu setzen. Infolgedessen kann es nur gerichtet auf nicht werden. Die praktischen Vorkämpfer, die dieses Dokument zum Schutz und zum Ausbau der Revolution enthält, führen nur weiter hinein in die große Unordnung. Die „Volkswehr“, also das Heer der Revolution, bleibt in lächerlichen Umständen. ... Die Revolutionäre werden die Revolution nicht weiter führen können. Aber das Bestreben, das dieser Feldzugsplan gegen das alte Offizierskorps atmet, ist selbst hier, wo es kompromißlos, ein höchst gefährlicher Feind.

Konkret bereitet Ober, der durch den Befehl gegenüber den Militärs und den Beamten in eine sehr zweideutige Lage geraten ist, den Gegenstoß vor. Am 20. Dezember läßt er den Zentralrat und den General Groener zu einer Kabinetsitzung nach Berlin, um das Todesurteil über das Offizierskorps zu revidieren. Groener ist dementsprechend. ... Der General läßt die Intervention der Offiziere solandermaßen: Die beiden Offiziere gehen ostentativ mit allen Waffen, Kanaabzeichen und Orden zu Fuß durch die Potsdamer Straße zum Kriegsministerium. Am Eingang zu dem Gebäude steht ein Soldat und heert frech den Weg. Im Innenhof bildet sich ein Kreis jenseitiger Menschen um den General und den Soldaten. Groener fährt den Soldaten sofort an und läßt ihn, als er noch immer nicht Platz macht, durch einen Kriminalbeamten kurzgehandelt werden. ... Der General läßt die Intervention der Offiziere solandermaßen: Die beiden Offiziere gehen ostentativ mit allen Waffen, Kanaabzeichen und Orden zu Fuß durch die Potsdamer Straße zum Kriegsministerium. Am Eingang zu dem Gebäude steht ein Soldat und heert frech den Weg. Im Innenhof bildet sich ein Kreis jenseitiger Menschen um den General und den Soldaten. Groener fährt den Soldaten sofort an und läßt ihn, als er noch immer nicht Platz macht, durch einen Kriminalbeamten kurzgehandelt werden. ... Der General läßt die Intervention der Offiziere solandermaßen: Die beiden Offiziere gehen ostentativ mit allen Waffen, Kanaabzeichen und Orden zu Fuß durch die Potsdamer Straße zum Kriegsministerium. Am Eingang zu dem Gebäude steht ein Soldat und heert frech den Weg. Im Innenhof bildet sich ein Kreis jenseitiger Menschen um den General und den Soldaten. Groener fährt den Soldaten sofort an und läßt ihn, als er noch immer nicht Platz macht, durch einen Kriminalbeamten kurzgehandelt werden.

In diesem Augenblick sollte das Band zwischen den Offizieren und den Beamten vollständig zerfallen werden. Dieser Befehl mußte zur vollkommenen Auflösung des Heeres und zum größten Unheil für das ganze Land führen. Ober erwidert: Kräfte die Rechte Heeresleitung zurück, lo geht auch die Waffenstillstandskommission, dann habe auch der Reichstag die Macht über den Ober, Groener und Scheidter befehlen die Oberhand, man verzieht auf die Ausführung des von Revolutionsparlament gestellten Beschlusses.

Die größte Gefahr ist abgewendet.

Das Exekutivkomitee der russischen kommunistischen Partei hat für Anfang nächsten Jahres ein allgemeines und reichhaltiges Parteiprogramm beschlossen. Es besteht aus über 100.000 Mitglieder, die ihre Pflichten der Partei gegenüber irgendwie vernachlässigt haben, dürfen ausgeschlossen werden.

Genf erwartet heftige Kämpfe

um die Anerkennung der praktischen Gleichberechtigung.

In letzten Völkerverbänden wird der Beschluß der deutschen Regierung zur Rückkehr in die Verträge mit Frankreich durch die Zustimmung der französischen Regierung allgemein als ein Komplex betrachtet, in dem von allen Seiten Zugeständnisse gemacht worden seien. Die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung bezeichnet man als bedingte Antwort. Die französische Auffassung ist vollständig vorterritorisch, daß die praktische deutsche Gleichberechtigung und die endgültige Bestimmung des deutschen Küstungslandes von der vorgehenden Erklärung des von Frankreich geforderten Gleichheitsprinzips abhängig ist.

Die Annahme der Räumlichkeitsvereinbarung durch Deutschland wird in Völkerverbänden aufgeführt, namentlich nicht außerhalb, sondern im Rahmen der Abrüstungskonferenz die Absicht, von Gleichberechtigung und praktische Anerkennung der Gleichberechtigung zu erreichen.

Unter diesen Umständen erwartet man große und außerordentlich heftige Kämpfe in den Verhandlungen des Hauptauschusses, die jedoch erst im Januar einsetzen werden, da

der Hauptauschuss in seiner Mittwochsitzung lediglich die Räumlichkeitsvereinbarung zur Kenntnis nehmen wird.

Deutsche Abrüstungsabordnung zum Zusammengetreten.

Nachdem die Entscheidung, daß Deutschland an den weiteren Arbeiten der Völkerverbände teilzunehmen, wieder teilgenommen, ist, hat Reichsgraf Radolow seinen Urlaub abgebrochen und die in Berlin weilenden Mitglieder der deutschen Abrüstungsabordnung am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammenberufen. Weitere Beratungen werden folgen, um das deutsche Abrüstungsprogramm festzusetzen. Anfangs Januar wird sich die Abordnung gelöst haben und Genf besuchen. Vorkünftig läßt sich Radolow dort durch den Gesandten Weisfelder vertreten.

Stimson begrüßt Deutschlands Rückkehr.

In einer Erklärung begrüßt Staatssekretär Stimson den Wiederbeitritt Deutschlands zur Abrüstungskonferenz. Dies sei eine ausgetragene ermutigende Genesung und ein Schritt vorwärts in der Abrüstungsfrage.

Der Winterhilfebeizug des Haushaltsausschusses.

Nach längerer Aussprache erhielt in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages bei der Abstimmung die dem Reichstagspräsidenten vorgelegene Entschließung über die Winterhilfeaktion eine etwas geänderte Fassung: Die Reichsregierung wird ersucht, alsbald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnacht- und Winterhilfe gewährt wird. Es soll dabei u. a. folgendes berücksichtigt werden:

Für den kommenden Winter wird für alle Arten von Empfängern öffentlicher Unterstützung und Renten eine zusätzliche Winterhilfe geschaffen. Ihre Durchführung wird den Gemeinden überlassen. Die Befreiung in ungenügender Beheizung mit solchen Naturalien, mit denen je nach den örtlichen Verhältnissen der Notlage am besten abgeholfen werden kann und darf nicht auf eine Verminderung der Geldunterstützung führen. Vom 1. Dezember bis April sind für jeden unter fünfzigjährigen Haushalt ein Pfund Brot, ein Pfund Fleisch wöchentlich sowie 20 Zentner Kohlen zu liefern.

Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe, von der auch die Alleinstehenden nicht ausgenommen werden dürfen, stellt das Reich den Gemeinden zur Verfügung. Sie dürfen für andere Zwecke als für die Winterhilfe weder vom Reich verrechnet noch von den Gemeinden verwandt werden.

Annahme fand auch der nationalsozialistische Antrag, den Landwirten, dem gewerblichen Mittelstand und den Kohlenbergbau die Möglichkeit zu geben, rückständige Steuern durch Abschreibungen für diese Aktion abzulassen. Eine außerdem angenehme Entschädigung des Zentrums erhielt die

Reichsregierung, in einem Zweimonatsprogramm in eine praktische Winterhilfe umzusetzen, die neben den Gemeinden und neben der Arbeitsbeschaffung besondere Maßnahmen für die Wintermonate fordert. U. a. soll die Arbeitsbeschaffung beschleunigt werden.

Der Ausschuss richtete dann noch an den Reichsfinanzminister die Bitte, in der nächsten Sitzung des Ausschusses am Dienstag Mitteln für den Reichshaushaltsplan für 1932 zu machen.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Kriegstein betonte, daß die Entschädigung des sozialpolitischen Ausschusses durch eine Reihe von Vorschlägen ergänzt worden sei, die eine Wegweiserung in Höhe von einigen 100 Millionen Mark erfordern. Es sei klar, daß eine solche Maßnahme ohne Deckung nicht geleistet werden könne. Die von den Sozialdemokraten gemachten Deckungsvorschläge seien optimistische Schätzungen, insbesondere von der Deckung der Rückstände der Steuern des Bergbaus gesprochen werde. Ueber die kommunale Förderung, die Mehrkosten aus dem Verbrauchssteuern zu nehmen, brauche er wohl nicht viel zu sagen.

Der Reichsfinanzminister betonte weiter bei Erörterung der Deckungsvorschläge für die Winterhilfsmassnahmen, daß die Vermögensabgabe vom 1. Januar 1933 ab wieder auf den alten Satz von 3,80 Mark erhöht werden solle. Ein Mehrkonsum ertrage sich daraus aber nicht, da diese Abgabe im Haushalt mit 3,5 Millionen angesetzt sei und höchstens 7 Millionen aufkommen würden. Eine Beteiligung des Ertragssteuerverzinses würde 6 bis 8 Millionen mehr ergeben, dafür aber den Zusammenhang der Brennstoffe und den Ausfall ihrer Steuern nach sich ziehen.

Stürzt die französische Kammer Herriot?

Die Lage des Kabinetts Herriot ist durch die ablehnende Haltung Amerikas gegenüber den englischen Vorschlägen äußerst kritisch geworden. In parlamentarischen Kreisen und selbst in denjenigen, in denen man dem Ministerpräsidenten bisher blindlings gefolgt war, macht sich seit Montag abend eine immer größere Zurückhaltung bemerkbar und es selbst nicht an Stimmen, die das Kabinett am Schluß der Dienstagssitzung gestürzt sehen.

In seiner Kammerrede am Montag über die Schuldentage gab Herriot zunächst einen Rückblick über die Schuldentage und erging sich dabei in Angriffen gegen die Haltung Amerikas in vielen internationalen Fragen. Unter großem Beifall des Hauses erklärte er, daß es nur der amerikanischen Opposition zuzuschreiben sei, wenn der Plan Poincaré zur Schaffung einer internationalen Währungsunion für die Vereinigten Staaten und Frankreich bis heute noch nicht das Verlangen habe, Amerika an seiner Seite im Völkerverband zu leben. Diese grundsätzlichen Schwierigkeiten, die Amerika von jeher gemacht habe, wirkten sich heute noch aus. Er erinnerte sich an die Vorbehalte, die Berenger bei der Unterzeichnung des Schuldensatzens gemacht habe und diejenigen, die auch von der Kammer und vom Senat bei der Ratifizierung des Schuldensatzens gemacht worden seien. Man dürfe aber nicht vergessen, daß zwischen den Reparationen und den Schulden zum mindesten ein politischer Zusammenhang bestehe. Der französische Ministerpräsident kam in diesem Zusammenhang auf den Dankschreiben und dem auf den Youngplan zu sprechen und erklärte unter ungeheurer Beifall des Hauses, daß das Damoklesschwert Hoover's die gesamten Schuldensatzungen in Frage zu stellen habe. Eigenmächtigem Handeln der Hoover'schen Regierung, wohl gegen die Annulierung der Schulden, nicht aber gegen ein Moratorium Stellung genommen worden, und Frankreich, das

heute lediglich ein Moratorium verlange, sei einem „non possumus“ gegenübergestellt.

Herriot schaltete sodann die von verschiedenen Seiten vorgelegenen Zwischenfugungen aus. Er habe sich lange mit der Schwere der Sachlage beschäftigt, diesen Gedanken aber dann fallen gelassen, da er den Umständen mehr Rechnung zu machen wünschte als den juristischen. Einer Zahlungsverweigerung könne er nicht zustimmen, da er die Unterwürigkeit Frankreichs nicht entzogen wolle und auch nicht Gesetze zu machen wolle, die ein solches Verhalten zu einer solchen Verweigerung auslösten. Die Resolution, die das Moratoriumsverweigerung beim französischen Volk ausgelöst habe, habe auch er empfunden. Er habe sie aber bezeugungen, weil er weiter in die Zukunft schaute und diese Zukunft nicht durch eine derartige Wette verlichern möchte. Bei dem Entschluß, den die Regierung gefaßt habe, habe sie sich der Haltung Englands anpaßt, dessen Antipathie er größte Antipathie empfand. Er schloß sich dem an, daß die Zahlungsverweigerung am 15. Dezember unter gewissen Vorbehalten nachkommen und damit den Weg für eine endgültige Regelung öffnen würde.

Die sozialistische Fraktion hat die Einbringung eines Entschuldigungsantrages beifolgend, der die Verweigerung der Zahlungsverweigerung der am 15. Dezember fälligen Zahlung auffordert.

Der dem Duai d'Oran nachstehende „Temps“ bemerkt sich bereits im voraus, den Vorwurf zu entkräften, den man erheben könnte, daß die Kammer im Gegensatz zu der bekannten Haltung der Regierung einseitig die Vertreter der Verträge beschließen sollte, die Zahlung abzulehnen.

Aufligere Beantwortung in England.

Der Schatzkanzler hatte am Montag früh eine Reihe von Beantwortungen mit Beamten des Reichsministeriums, darunter auch mit Sir Frederick Balfour über die neue amerikanische Schuldentage und trat auch mit einigen seiner Ministerkollegen in Verbindung. Auch Baldwin hatte eine Reihe

von Beantwortungen in dieser Angelegenheit. Während am Vormittag noch eine öffentliche Erregung über die amerikanischen Forderungen bezüglich dem Fiskus war, wurde am Nachmittag ein freudigerer Gesicht zur Szene getragen.

In zufälligen Kreisen wurde die Auffassung ausgegeben, daß die Vertriebenheit der englischen und amerikanischen Ansichten den Entschluß der englischen Regierung zur Leistung der Restante in Gold nicht zu ändern werde. Der Abstand zwischen den beiderseitigen Ansichten ist nicht sehr groß. Der Weg zu baldigen Verhandlungen ließe offen, die dann England Gelegenheit bieten würden, seine Auffassung darzulegen.

Deutschland kann nicht zahlen.

Der englische Schlußhandpunkt Der Beschluß der englischen Regierung, ihre Zahlung an Amerika am 15. Dezember zu leisten, führt der diplomatische Korrespondent des „Observer“ auf den Wunsch zurück, die baldige Einbringung einer Konferenz über die Schuldentage zu ermöglichen. Durch die Verzögerung verließen die europäischen Schützen, technisch gesprochen, im Zuge des Abfalls des Hoover-Moratoriums schon eingetreten sei. Nach englischer Auffassung würde es ein schwerer Fehler sein, im gegenwärtigen Augenblick das Kaufmanns-Moratorium zu zerbrechen und von Frankreich und Italien auch von Deutschland Zahlungen zu verlangen. Es würde sich ein neues Durchbrechen ergeben, ohne daß England irgendwelche Zahlungen erhalten würde, denn sicher sei, daß Deutschland nicht zahlen könne und daß deshalb auch Frankreich und Italien nichts an England abführen werden, selbst wenn sie Amerika bezahlen.

Stillehaltekonferenz Ende Januar in Berlin

A. S. Magin, der Präsident der Nationalen Liga, hat bekannt, daß bis zum 30. Januar eine Konferenz der Stillehaltekonferenz nach Berlin einberufen werden ist, weil die jetzigen Abmachungen Ende Februar ablaufen.

Neues tschidisches Parteidirektorium.

Mussolini hat ein neues Direktorium der tschidischen Partei ernannt. Dem Direktorium gehören als neue Mitglieder an der Abgeordnete Sereno und die Provinzialsekretäre Perotti, Savolini, Spjazi, Martignone und Dessena. Der Parteisekretär Starace sowie die Bezirkssekretäre und der Verwaltungssekretär bleiben in der Partei. Die neue tschidische Partei im Parteidirektorium, der allerdings dem von Mussolini immer engerlicher vertretenen Grundlag entspricht, die wichtigen Posten nicht lange in denselben Händen zu belassen.

Staatsankunft um einen Jes.

Bei den Festlichkeiten zur Feier des fünfzigsten Jubiläums in Ankara hat sich, wie berichtet wurde, ein Zwischenfall ereignet, der sich jetzt zum Staatsankunft zwischen der Türkei und Ägypten auszuweiten droht. Der Staatspräsident Mustafa Kemal Pascha, der die Türkei im Januar 1924 verlassen hat, an jenem Abend beim Ball mehrmals den ägyptischen Gesandten anfordern, den Preis, der zur ägyptischen Uniform gehört, abzulegen. Der Gesandte hätte sich gekränkt und verteilte darauf den Ball. Die türkische Presse, die sich bisher sehr zurückhaltend verhielt, beginnt jetzt, den unangenehmen Zwischenfall und seine Folgen einzusetzen. Sie teilt mit, daß eine ägyptische Protestnote in Ankara eingegangen ist und man bei der Beratung über die zu erstellende Antwort ist. Dabei erwidert sich, daß die ägyptische Regierung eine offizielle Entschuldigung gefordert hat und Garantien, daß sich ein derartiger Vorfall gegen den ägyptischen Gesandten nicht wiederholen würde. Die türkische Presse schreibt, von einer Entschuldigung könne keine Rede sein, ebenso wenig von Garantien. Aber man ist über die Ungeschicklichkeit dieser Ansätze in allen Kreisen klar, da zu viel Teilnehmer am Ball die Bekleidung beobachtet haben. Uebrigens hat der ägyptische Gesandte die Pflicht ausgeprochen, Ankara wegen des Vorfalls zu verlassen.

Chinesische Verluste.

Die chinesische Gesandtschaft in London veröffentlicht eine Erklärung, in der die Zahl der seit dem 18. September 1931 durch japanische Truppen und Agenten getöteten Chinesen auf 55.245 angegeben wird. Hierunter entfallen auf die regulären Truppen 20.214 auf die Freiwilligen 25.618, auf die Polizei 900 und auf die Zivilisten 12.026. Diese Verluste umfassen nicht die Verluste vor Schanghai, wo die chinesischen Truppen 4928 Tote und 8876 Verwundete verloren hätten. Die Zahl der Verluste bei den Zivilisten habe nicht genau festgestellt werden können.

Fünf Bombenattentate seit Freitagabend forderten in Madrid, Barcelona, Santander, Bilbao und Cartagena 18 Todeopfer, Verletzte aus den Provinzen mehr von allgemeinen militärischen Gewalttätigkeiten der Arbeiterklasse. Noch immer hat 1/2 aller spanischen Arbeiter keine Lohnkürzungen und Kurzarbittmangel stillgelegt.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen China und Sowjetrußland sind nach jahrelanger Unterbrechung am Montag wieder aufgenommen worden.

Neues vom Tage

Mordanschlag auf Kaiser Wilhelm II.?

Am Montag ereignete sich im Saale-Doorn ein auffeinerregender Zwischenfall. Ein Unbekannter war über die Wartemauer gestiegen und hatte sich Eingang in das Schloß verschafft.

Als er von einem Diener in einem neben dem Arbeitszimmer des Kaisers liegenden Turmzimmer entdeckt wurde, verlor er zu Füßen, wurde aber übermäßig und der im Schloß befindlichen Polizeiwache übergeben. Bei einer Durchsicht des Mannes fand man ein langes Dolchmesser sowie eine Pistole. Offensichtlich hatte der Mann, bei dem es sich um einen deutschen Staatsangehörigen handeln soll, die Absicht, einen Anschlag auf den Kaiser zu verüben. Die Dienerschaft des Schloßes will den Unbekannten schon seit einigen Tagen in der Umgebung des Schloßes beobachtet haben. Er scheint eine günstige Gelegenheit abgewartet zu haben, um seinen Plan auszuführen.

Minister a. D. Beder verunglückt.

Ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem der frühere Kultusminister Beder erheblich verletzt wurde, ereignete sich Montagmorgen in Berlin-Friedrichan. Der Kraftwagen Beders stieß mit einem Lokomotivwagen zusammen. Beder's Wagen stürzte um, wobei sich der Minister Kopf- und Gesichtsverletzungen zuzog. Der Verunglückte mußte sich in ärztliche Behandlung geben.

Blutlat in Ostpreußen.

In einem Gehöft in Stallupönen, das in der Nähe der deutsch-litauischen Grenze liegt, wurde eine furchtbare Mordtat entdeckt, die wahrscheinlich am Sonnabend verübt worden ist. Unbekannte Täter — man vermutet, daß es sich um eine litauische Bande handelt — überfielen das einöde liegende Gehöft des Landwirts Risch. Die 50jährige Tochter des greisen Weiberpaares wurde im Stall beim Füttern des Viehes durch mehrere Schüsse getötet. Darauf drangen die Täter in das Wohngebäude ein und erschossen den Landwirt, der gerade beim Aufstehen war. Frau Risch verlor, in die Küche zu flüchten, wurde aber unmittelbar vor der Tür ebenfalls erschossen. Im Saale sind sämtliche Beweismittel durchwühlt worden; es etwas entwendet ist, steht noch nicht fest.

Die Ermittlungen nach den Tätern werden dadurch erschwert, daß die Blutlat erst am Sonntagabend von einem Nachbarn entdeckt wurde. Die Mordkommission der Landeskriminalsstelle Tilsit nahm noch in der Nacht mit den zuständigen Landjägereibeamten die Ermittlungen auf. Dringend verdächtig, an der Tat teilgenommen zu haben, ist ein litauischer Arbeiter, der flüchtig ist. Die Polizei nahm ferner in Kamenken einen Arbeiter namens Kummelst, der im Verdacht steht, an der Blutlat beteiligt zu sein.

Die Gebeine von Mozarts Sohn dürfen nicht nach Wien.

Wiener Kunstfreunde haben sich an die städtischen Behörden von Karlsbad mit dem Ersuchen gewandt, es möge ihnen die Ueberführung der Gebeine von Mozarts jüngstem Sohn nach Wien gestattet werden. Der jüngste Sohn, der wie sein großer Vater Wolfgang Amadeus hieß, Musiker und Komponist war, wurde im Jahre 1844 in Karlsbad zur Welt, starb dort im Alter von knapp 30 Jahren und wurde auf dem alten Friedhof zu St. Andreas beisetzt. Das im Wiederkehrjahr gehaltene Grabmal ist mit einer Inschrift versehen, die Grillparzer verfaßt hat.

Das haantliche Denkmal hat sich nun gegen die Ueberführung ausgesprochen, und zwar mit der Begründung, daß das Grab zu den Denkmälerstätten der Kurstadt gehört und vornehmlich von ausländischen Besuchern gern und oft aufgesucht wird.

Ein „schwarzer Husar“ erschossen.

Ungeklärter Mord an einem Bachmann.

In Altona ist am Philologenweg in einer Villa der Wächter Albert Godenschweden einem rätselhaften Mord zum Opfer gefallen. Er wurde mit einem aus unmittelbarer Nähe abgeworfenen Schuß auf in einer Zeit unbewohnten Villa aufgefunden. Dem Mord ist ein schweres Feuerschloß vorausgegangen, bei dem eine große Anzahl von Schülern gewundet wurde.

Der Wächter, der erst 25 Jahre alt war und dem Uebernommungs- und Sicherheitsdienst Altona angehörte, hatte abends die Villa der Witwe Carlos Schmidt, die zur Zeit wegen einer Erblassensache im Ausland weilte, zu kontrollieren. Er hatte abends um das Haus Sonntagabend um 11 Uhr betreten und war nachdrücklich Geräusch folgend — zum ersten Todestode hinaufgegangen. Als er sich hier in ein Zimmer begeben wollte, schloß man von rückwärts nach ihm. Zwei Schüsse schlugen in einen Schrank und in einen Kriecher ein. Der Wächter wandte sich nun ostwärts um und

auf seine Gegner, vermutlich Einbrecher, die in der alleinlebenden Villa Verstecken vermutet hatten. Als er sich bei dem Angewiesenen mit den Handen in ein zweites Zimmer begeben wollte, muß ihn der Mörder aus nächster Nähe erschossen haben.

Ein Gaukler, der später an der Villa vorbeifuhr, wurde auf das alleinlebende Nähernd des Wächters, die helle Beleuchtung der Villa und die Tatsache, daß die Tür zur Villa offenstand, aufmerksam und alarmierte das Ueberfallkommando. Die Mordkommission, die kurz darauf eintraf, hat bisher keine Befragungen machen können, die zur Ermittlung der Täter führten. Da die Villa einmal an den Altonaer Zementplatten liegt, fiel es den Verbrechen nicht schwer, zu entkommen, ohne bemerkt zu werden. Der Erschossene gehört zu den Nachzügen, die man als „Schwarze Husaren“ in ganz Norddeutschland kennt und die auch den abendlichen Feiernschändungen übernehmen.

vorliegen könne. Der Angeklagte schilberte dann weiter, daß er angegriffen und überaus erregt in dem Büro erschienen und durch das abweisende Verhalten seiner Frau gereizt worden sei. Was dann geschah, sei, müsse sich in der Zeit abspielen haben, denn die Zeitung habe ihm nichts gelehrt.

In der Gemeindefassung werden hauptsächlich Befante und Verwandte der beiden Eheleute vernommen. Das Urteil ist erst abends zu erwarten.

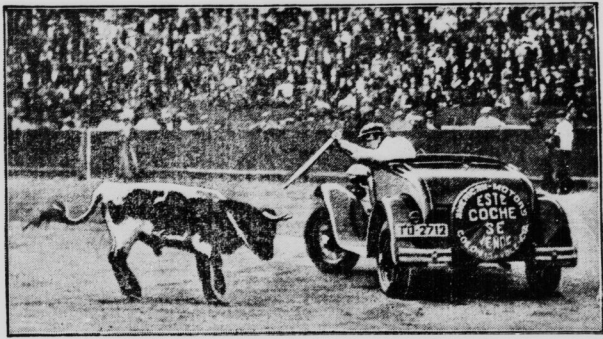
Wegen eines Irrtums in den Tod

In seiner Wohnung in Berlin-Wilmersdorf erschloß sich Montagmorgen der 31 Jahre alte Reichsbank-Inspektor Vorbar Knappfe. Er hatte Ende September an dem Kassenschatler der Reichsbank einem Boten bei der Abrechnung vertrieben 1000 Mark zu viel ausgeschändigt und glaubte durch diesen Vorfall in seiner weiteren Laufbahn benachteiligt zu sein.

Knappfe war auf der Nebenstelle der Reichsbank in Schweden beschäftigt und hatte sich damals beim Landesrat von Zwickau um 1000 Mark verzahlt. Der Bote einer Privatfirma, dem er das Geld ausgeschändigt hatte, hatte sich nicht gemeldet und war auch nicht mehr erschienen. Der Inspektor litt sehr unter der Vorrichtung, daß man ihn verdächtigte, das Geld an sich genommen zu haben.

Wie hierzu von seiner Dienststelle erklärt wird, ist Knappfe aber nicht anders behauptet worden als jeder Beamte. Die fehlende Summe ist ihm in kleineren Monatsraten, wie es in solchen Fällen immer zu geschehen pflegt, vom Gehalt abgezogen worden. Einen merkwürdigen finanziellen Schaden hat er kaum erlitten, da die Raten sehr klein waren. Knappfe außerdem unverschuldet war und in geordneten Verhältnissen lebte. Es hat also den Anschein, daß der junge Mann noch aus einem anderen Grund zu der Tat getrieben wurde.

Motorisierter Stierkampf.



In der überfluteten Stierkampf-Arena von Valencia in Spanien wurde kürzlich zum erstenmal ein Stierkampf veranstaltet, bei dem der Torero nicht zu Pferde saß, sondern am Steuer eines rot angelegten Autos.

Blutiges Ehedrama vor Gericht.

Wieder rollt in Mosbit das Nachspiel eines blutigen Ehedramas ab. Auf der Klagebank sitzt der 50jährige Maurer Alwin Schmidt, der am 6. September d. J. in der Raumpfstraße

seine Frau erschoss hat. Die Eheleute waren vier Jahre verheiratet. Die Ehe verlief aber sehr bald recht unglücklich, in der Hauptstadt wohl deshalb, weil der Angeklagte seine Arbeit verlor und seine Frau gezwungen war, bei einer Firma in der Raumpfstraße eine Stellung als Kontistin anzunehmen.

Frau Schmidt schenkte sich nun geweihter zu haben, ihren Mann zu unterstützen, und der Angeklagte behauptet, daß es gerade deswegen zu seiner einzigen Vorliebe, nämlich wegen Betrages gegenüber dem Geschäftsmann, gekommen sei.

Er strengte schließlich eine Unterhaltungsklage I gegen seine Frau an, die diese dann beantwortete, daß sie gegen ihn einen Scheidungsprozess einleitet und von ihm fortzog. Wiederholte Verhörsversuche wurden von ihr abgewiesen. Es fanden hin und wieder offenbar sehr erregte Auseinandersetzungen statt, insbesondere am 30. August, an dem nach dem Abschlusse einer Aussprache der Anklage verurteilt haben soll.

seine Frau an Engelster in den Landbesitz zu lassen. Das rasche Eintreten einer Polizeibeamten rettete aber die Frau.

Am 6. September erschien dann Schmidt im Büro, in dem seine Frau beschäftigt war, und verlangte erneut sie zu sprechen. Die Angeklagten wußten jedoch, daß Frau Schmidt große Angst vor ihrem Manne hatte und wiesen daher den unheimlichen Besucher ab. Einige Stunden später jedoch kam Schmidt wieder und drang mit Gewalt zu seiner Frau vor, wobei er sie anforderte, zu ihm zurückzutreten. Frau Schmidt weigerte sich jedoch und erklärte, sie würde das Ueberfallkommando rufen. Hierauf feuerte Schmidt auf sie

aus einer Gaspistole vier Schüsse ab. Dann zog er einen Dolch aus der Tasche und nach viermal auf seine Frau ein, die blutüberströmt zusammenbrach und an den Folgen der schweren Stimmverletzungen gestorben ist.

Im Laufe der Verhandlung, in der der Angeklagte die Tat zwar nicht bestritt, jedoch erklärte, die Zeitung nicht beobachtet zu haben, gestaltete sich die Sache insofern bemerkenswert, als er vom Vorwissen darauf hingewiesen wurde, daß möglicherweise auch verurteilter und vollendeter Mord

Knabenmord aufgefährt.

Das bestialische Verbrechen an einem neunjährigen Knaben in Jüßeb bei Nürnberg ist endlich nach wochenlangem Ansuchen der Gendarmerei aufgeklärt worden. Der Mord war am 8. November begangen worden. Am 3. und 4. Dezember mußte nach dem Ueberzeugung der Kerste der Täter zum Tode zurückgeführt sein, um den Toten auszugraben. Der 30jährige Landwirt Salbeck erinnerte sich an ihn, daß ihm die 10jährige Schwester des Knaben, um die die Zeit verbracht hatte. Er teilte das der Gendarmerei mit. Die Leiche des Knaben auf und brachte ihn an den Tatort. So Salbeck schließlich ein Geständnis ablegte.

Dann hat Salbeck den Knaben von einem Tisch, wo er mit anderen Kindern spielte, weggeholt. Als der Knabe sich insintiv weigerte, mit ihm weiter zu gehen, hob ihn der Wörder auf den Arm und trug ihn in ein Dickschiff, wo er dem schreienden und sich wehrenden Knaben einen Anstoß in den Mund setzte. Dann ließ der Knabe dem Knaben mit einem Taschenmesser in den Hals, so daß das Kind langsam verblutete.

Solle Raße wird von der Feuerweh gebündigt.

Zur Hilfeleistung in einer seltenen Angelegenheit wurde die Maaer Feuerweh in Anspruch genommen. Eine ansehende tollgewordene Raße hatte vier Frauen, die das wild fauende Tier aus der Wohnung herauszuführen wollten, im Gesicht und an den Händen durch Biß- und Kratzwunden verletzt. Schließlich war es gelungen, das Tier in ein Zimmer zu sperren, doch wagte sich niemand dort hinein, aus Furcht, von dem sich wie toll gebärdenden Tier angegriffen zu werden.

Die Mannschaft eines Viehwagens mußte den Helfer in der Not spielen. Einige Mann schloßen sich die Hände durch feste Lederhandschuhe und das Gesicht durch Wassermassen vor Verletzungen, gaben die Raße und zogen sie in einen Korb, der samt seinem fauenden Inhalt in das Veterinärinstitut geschafft wurde, wo sie getötet werden wird, ob das Tier tödlich an Tollmut erkrankt ist. Sollte dieses zutreffen, so werden die von der Raße verletzten Personen einer Schutzimpfung unterzogen werden.

Joesetti-Juno
 eine Wortverbindung, die seit Jahrzehnten für Millionen Raucher eine
 Höchstleistung der Cigaretten-Industrie bedeutet.
In dieser Marke
 hat der Qualitätsgedanke einen
 beispiellosen Erfolg gezeitigt,
*gerade weil sie auf Zugaben wie Wertmarken,
 Gutscheine und Stickereien bewußt verzichtet.*
Joesetti-Juno
ein Name von Klang!


6 STÜCK 203



Einsame Nacht.

Die ihr meine Brüder seid,
Arme Menschen nah und ferne,
Die ihr im Bezirk der Sterne
Erlebung träumet eurem Leid,
Die ihr wortlos gefaltet
In die Nacht getriebe Nacht,
Schwermals Duldende hertret,
Die ihr leidet, die ihr macht,
Arme, irrende Gemeinde,
Schiffte ohne Stern und Glück —
Freunde, dennoch mit vereinte,
Gebet mit meinen Gruß zurück!

Die Kinderlein kommet . . .

Das Weihnachtslied der Kinder „Für Kinderlein kommet“ konnte vor einigen Jahren, 1929 seinen hundertsten Geburtstag feiern. Sein Dichter ist der durch seine volkstümlichen Jugenderzählungen „Holla von Lammensdörfer“, „Der Blumenfopf“ und viele andere bekannt gewordene Christoph von Schmid. Er war der Sohn des Ratsherrn des alten Reichsbühl Dinkelsbühl. In seiner Vaterstadt war er auch im 18. Jahrhundert tätig, das in Gailenrathen der Stadtschreiber der Advenstzeit alljährlich die Weihnachtsfröhen aufzeichnete und daß am Abend ein Gesellschaft der Jugend die verschiedenen darstellten. Die Geschichte erläuterte. Die Geschichte brachte die Kinder, Gaben für die Armen mit zur Strippe. Das Zeitalter des Nationalismus veränderte viele andere sinnslos aus diesen Brauch und verbot ihn. Christoph v. Schmid jedoch hat die Erinnerung bewahrt und in seinen Lieben zum Ausdruck gebracht, als er 1841 Domburg in Augsburg geworden war. Eine Zeit lang mehr bekannte Strophen des Liedes, die diese Erinnerung wiederbringt, lautet:
Manch Birkenkind bringt nun mit dem Baum
Milch, Butter und Honig nach Dinkelsbühl hin,
Ein Kürbisch voll Früchte, das purpurrot glänzt,
Ein Körnchen Sammeln, mit Blumen bestreut.
O betet Du hebes, Du stillstest Kind,
Was leidet Du alles für unsern Herrn,
Ach hier in der Kruppe schon Krut und Rot,
Am Kreuze als Sämlein den bitteren Tod!

Handgewebe Teppiche aus allen Stoffen.

Die langen Abende sind wieder herangetommen und die Hausfrau ist mit Weihnachtsarbeiten beschäftigt. Was soll ich heute kochen? Das ist für viele eine schwierige Frage. Decken und Decken, Kissen und Kissen, und ähnliches sind fast in jedem Hause schon überflüssig vorhanden, man will möglichst etwas Neues, etwas Besonderes. In der Annahme, daß vielen ein alter Hausfrauenbrauch unbekannt sein dürfte, will ich diesen kurz wiedergeben: Die Herstellung handgewebter Teppiche aus allen Stoffen. Man schneidet vorher sauber gewaschene getragene Kleider, Seide, Seide, Tricot, Ländchen und dergleichen in Streifen von etwa zwei Zentimeter Breite (die Stoffe etwas schmaler), näht sie nach Verfahren fort zu einem langen Bande einander und mischt die Farbe für sich auf einen Knäuel. Verschiedene Bezeichnungen stellen aus solchen vorbereiteten Material hübsche handgewebte Teppiche, Säuer und Vorleger her.

Manchen kommt vielleicht die Arbeit für ein größeres Stück zu sein, jedoch einmehls Pfund solcher Stoffstreifen geben schon eine Vorlage im Ausmaß von 60 auf 100 Zentimeter. Da man also den größten Teil der Vorbereitungsarbeit mit leicht, kann man einen herrlichen Teppich mit Blech als eigene Handarbeit anfertigen. Bereitet eine besondere Freude, in dem fertigen Stück alte Liebeswörter kleiden (S. B. auch die Kleider der Kinder aus den verschiedenen Stoffen) wiederaufzuheben, und da dieser handgewebte Bodenbelag weicher und sehr haltbar ist, verdient er gerade in der heutigen Zeit, welche so sehr zu überhöhter Sparlichkeit zwingt, mehr Beachtung. — Unter Vaters Schreibtisch, Mutters Nähstisch, als Briefe, überall werden die nach Verfahren angedachte zusammengestellten Teppiche bereiten.
Ella Boeckh-Arnold.

Ein Weihnachtsgeschenk Goethes.

Eine möglichst naturgetreue Nachbildung der Eisenbahn zu besitzen ist nun schon seit Jahrzehnten ein Weihnachtsgeschenk der Kinderwelt. Der erste, der eine solche Eisenbahn verfertigte zu einer Zeit, als es in Deutschland noch gar keine gab, war Goethe.

Er hatte im Jahre 1829 von Freunden in England ein mechanisches Modell der ersten Lokomotive von Stephenson zuerst vorgeführte „Mafete“ mit einigen Bauteilen erhalten, die er seinen Enkeln Walter und Wolfgang als Weihnachtsgeschenke. Diese

beiden waren demnach die ersten Kinder, die mit der Naturgetreue Modell spielten. Eisenbahnen und Bahnhöfe für den Weihnachtsfest finden sich dann zum erstenmal 1855 in Nürnberg, und zwar waren sie durchweg aus Zinn gearbeitet.

Warum sollen wir am Orte kaufen?

Von Felicitas Witkolla.

In früheren, besseren Tagen war es üblich, daß sich um die Weihnachtszeit die bündelweise des heimischen Modells zum gleichen Jahre von Stephenson zuerst vorgeführte „Mafete“ mit einigen Bauteilen erhalten, die er seinen Enkeln Walter und Wolfgang als Weihnachtsgeschenke. Diese beiden waren demnach die ersten Kinder, die mit der Naturgetreue Modell spielten. Eisenbahnen und Bahnhöfe für den Weihnachtsfest finden sich dann zum erstenmal 1855 in Nürnberg, und zwar waren sie durchweg aus Zinn gearbeitet.

Gegegenheit hat es sich erwiesen, daß besonders die an der Tür abgekauften Einfäufe und Beilagen sehr bedauerlich sind. Soeben nach sich ziehen. Entweder läßt sich die Hausfrau zum Kauf unwillig oder mildererweise Zins verleiten oder sie schließt wohl aber einen schriftlichen Kaufvertrag ab über einen größeren Gegenstand, dessen Beschaffenheit nicht sorgfältig und eingehend gemeinschaftlicher Überlegung bedürftig wäre. Zu spät wird es ihr dann oftmals klar, daß sie einen rücksichtslosen Schwindler auf den Arm genommen ist, zum mindesten aber macht sie die Entdeckung, daß „Mafete“ genau so schlimm und drückend werden kann wie der Kauf von „Abzahlung“, wenn es ihr auch viel freundlicher zu fassen ist.

Deute ich eine solche, auch volkswirtschaftlich bedenkliche allseitige Auffassung des Geschäftes nicht mehr möglich. Die Vermögens, aus denen etwas angeschafft werden konnte, existieren nicht mehr, der Wohlstand, der Arbeit und Brot schafft, ist vermindert, die Kaufkraft weiter freigegeben, die Arbeitslosigkeit erhöht und sehr da, wo noch ein Einkommen vorhanden ist, ist auch die gewöhnliche Hausfrau nicht mehr zum Schließen gekommen.

Aber auch die Bezeichnungen bei bekannten und solchen ausländischen Firmen bringen oft nicht den erhofften Nutzen: schließlich hätte man ebenlohn oder preiswerter bei einheimischen Geschäften gekauft und oben drein noch den Vorteil größerer Auswahl und besserer Kaufkraft gehabt.

Immerhin, einen kleinen Aufschwung für die bedrängte Geschäftswelt dürfte das Weihnachtsfest noch bringen, etwas wird doch gekauft und soll gekauft werden, es ist auch nur das Lebensnotwendige zur Ergänzung von Hausbedarf und Kleidung, ein paar Geschenke für die Kinderwelt. Und so steht der vielbesagte Geschäftsmann noch allem mit einer Hoffnung dem Weihnachtsabend entgegen.

Aber andere, weit wichtigere Grund, von Auswärtskaufen abzuweichen, ist aber der, daß wir als Bürger und Mitglieder einer Gemeinschaft in erster Linie die Pflicht haben, für das Wohl dieser Gemeinschaft, in unserem Falle unserer Stadtgemeinde und der in ihr beschlossenen Menschen, zu sorgen. Statt sich einen kleinsten, oft eingebildeten Vorteil herauszurechnen, sollte man lieber an den großen Schaden denken, den die heimische Wirtschaft und alle, was mit ihr zusammenhängt, erleidet, wenn das wenige, was ausgegeben werden kann, nach auswärts getragen wird; Schaden, der unabsehbar große Arbeit und Leben, Ende auf sich ziehend, immer zurückbleibt.

Beachtenswerter Weise aber mehrfen sich um diese Zeit auch die Angebote, die zum Auswärtskaufen verleiten sollen. An den Türen erscheinen die Redenden ausländischer Firmen mit ihren Unterkunftsanzeigen, sich oft auf rücksichtslose Weise den Eintritt in die Wohnung erzwingend. Die Post bringt täglich verlockende Anpreisungen von auswärts in Haus, aus Zeitungen und Zeitungsstellen lassen sie uns entzogen. So steht der Weihnachtsmann mit den schönen Weihnachtskarten der Textil-Manufaktur in ... aus!

Das Gleichgewicht des häßlichen Hausstands beruht nun einmal in der Hauptache auf der Steuerkraft von Handel, Gewerbe und Handwerk und ist bei ihrem Verfall gefährdet. Die verhältnismäßigen Folgen der sich ergebenden Auslösung des Mittelstandes rücken nun jedem einzelnen Bürger bedrohlich nahe und können nur einigermaßen anhaltend werden, wenn ein jeder das Seine dazu tut, um die heimische Wirtschaft als einheimische in Gang zu erhalten. Einer lebt von dem andern und soll den andern helfen!

Unabhängig dieser Tatsachen erscheint es dringend nötig, wieder einmal darauf hinzuweisen, daß es für den einflussvollsten Menschen selbstverständlich sein sollte, seine Einkäufe bei auten, soliden, einheimischen Firmen zu beschaffen. Denn einmal bringt kein Auswärtskaufen bei fremden Firmen ein nennenswerter Vorteil selten heraus, im

weiter, und daß die Stimmen der Berufung in gemeinamer Arbeit zum Wohle unseres Volkes regieren um. Es folgt sodann nähere Ausführungen über die gedachte Organisation dieser Frauenfront, die keine andere Frauenorganisation anfüßen soll. Es soll in Zukunft bei allen Dingen eine gemeinsame Frauenfront geschaffen werden, die Vertreterinnen aller Organisationen umfaßt um.

Wir bilden eine Front.

Vor Jahren wurde an alle bedeutendsten Frauenorganisationen Deutschlands ein Aufruf geschickt „Frauen an die Front, das Ende aller Parteien!“ Ziel: eine Frauenkammer, eine Männerkammer! Es wurde darin ausgedrückt: „In der heutigen Zeit der denkbar größten politischen und wirtschaftlichen Notlage Deutschlands fangen umliegende Frauen an, auszuweichen und anzufangen zu fragen: Sind wir nicht zu verantwortungsvoll für all diesen Jammer, können wir nicht helfen? Wie wäre es denn mit tatsächlicher politischer Arbeitsgemeinschaft von Frau und Mann?“

Was ist zu diesem Aufruf zu sagen? Das ist nicht die Zeit für die Frauen an die Front, das Ende aller Parteien! Es ist die Zeit für die Frauen an die Front, das Ende aller Parteien! Es ist die Zeit für die Frauen an die Front, das Ende aller Parteien! Es ist die Zeit für die Frauen an die Front, das Ende aller Parteien!

lichkeit, und das schon aus dem Grunde, weil jeder das „Wohl des Volkes“ anders sieht. Vielleicht würde diese Zusammenarbeit ganz kurze Zeit, in Tagen der höchsten Not möglich sein, eben so lange, wie es sich nur um den einfachsten Unterbau des Volkswohls, um Abrüstung, Wohnung und dergleichen handelt, aber wie ganz anders ist auch das schon das Ideal der einzelnen Menschen, der Kommunen, die nach Ausland leben, und der bürgerlichen Parteien, die am Privatigentum festhalten, um nur ein besonders freies Beispiel zu geben!

Trotzdem wollen wir den Gedanken einer Frauenfront aber noch nicht so ohne weiteres beiseite schieben, nur brauchen wir dazu keine Frauenkammer oder sonst eine Organisation. Jede und doch in jeder Gesellschaft ist schon ein „Wohl des Volkes“ und ein „Wohl der Nation“ gegen die politische Bewegung zusammenzufinden! Das soll nicht etwa heißen, daß wir selbst unsere Meinungen aufgeben oder andere dazu bestimmen wollen — das ist eben das „Wohl des Volkes“, der in diesem Falle nur ein „lauter Friede“ wäre, dies zu tun. Dadurch nicht, aber wir wollen es uns zum Ziel machen, daß wir da, wo es geht, unsere Meinungen, in unsere Arbeit einbringen, wo der politische Kampf auf das Gebiet der unangenehmen, persönlichen Berührungspunkte, des Unrechts, des Truges und der Anträge verdrängt wird. Wir Frauen haben ein sehr wertvolles Gut, wenn in dieser Zeit, in der Millionen von Volksgenossen brünnen und leidend am Rande der Verzweiflung sind, die Parlamentarier in fleischlichen Jähzorn ihre Zeit vertun, anstatt sich auf vernünftige, anständige Menschen zusammenzusetzen, um in vernünftigen Worten und in vernünftiger Arbeit zum Besten des Ganzen einzusetzen. Wir können und wollen es nicht begreifen, daß man sich in langen Verhandlungen um parlamentarische Gebäude sänkt, wenn alles nach der Zeit ist, wenn unangenehme Erfahrungen monatlich zugrunde gehen.

Der alte Schweizer Dichter Jeremias Gotthelf schildert in einer Erzählung die unglückliche Frau eines Dorfes, das von einem Ungehörigen, einer schwarzen Spinne, fast ausgerottet wird. Sie ist in erster Linie, das ist, wo sie in der Kruppe schon Krut und Rot, am Kreuze als Sämlein den bitteren Tod! Die alte Schweizer Dichter Jeremias Gotthelf schildert in einer Erzählung die unglückliche Frau eines Dorfes, das von einem Ungehörigen, einer schwarzen Spinne, fast ausgerottet wird. Sie ist in erster Linie, das ist, wo sie in der Kruppe schon Krut und Rot, am Kreuze als Sämlein den bitteren Tod! Die alte Schweizer Dichter Jeremias Gotthelf schildert in einer Erzählung die unglückliche Frau eines Dorfes, das von einem Ungehörigen, einer schwarzen Spinne, fast ausgerottet wird. Sie ist in erster Linie, das ist, wo sie in der Kruppe schon Krut und Rot, am Kreuze als Sämlein den bitteren Tod!

Kleine Bäckereien für die Festzeit.

Sonja plätschen: 250 g Zucker, 2 Eier, 125 g Honig, etwas zerriebenes Zimt, eine Prise zerriebene Nelken, 375 g Mehl, ein halber Teelöffel Backpulver, Eier und Zucker schaumig rühren. Honig und Gewürz untermengen, dann die Gewürze und das mit dem Backpulver vermischte Mehl. Alles zu einem glatten Teig kneten, ausrollen mit einem Glaser rund plätten, ausbleichen und im Mähdarm warmen Ofen backen.
Schokoladeformen: 200 g Zucker mit 3 zu festem Schnee geschlagenen Eiern schaumig rühren, 150 g gemahlene Backmehl, etwas zerriebenes Zimt, ein halbes Pfund kleine Mandeln, ausrollen mit einem Glaser rund plätten, ausbleichen und im Mähdarm warmen Ofen backen.
Nostromakronen: 175 g Zucker, 3 Eiern schaumig schlagen, 175 g Nostromakronen, die man vorher zerhackt hat und mit einem bittern Mandeln vermischen. Alles kräftig verkneten und auf Oblaten bei gelinder Hitze im Ofen backen. Um Schokoladeformen zu backen, fließen 125 g zerhackte Mandeln, die man vorher zerhackt hat und mit einem bittern Mandeln vermischen. Alles kräftig verkneten und auf Oblaten bei gelinder Hitze im Ofen backen.

Kleine Anzeigen der Saale Zeitung

Die „Kleine Anzeigen“ gibt die Wochenschau. Das Wort kostet 6 Pfg. bei Abnahme 20 Pfg. Mehr über 10 Buchstaben zahlen ein gesondertes Wort. Die Briefe werden nur auf 6 Pfg. nach unten abgerundet. Gültigsteht bis Ende 30 Pfg. bei Zahlung 60 Pfg. Kleine Anzeigen werden nur gegen bar oder Briefmarken angenommen; eine Redaktionsgebühr kann nicht aufbewahrt werden. Der nicht abgeholt bleibende Brief wird in Zeitung genommen, wenn er der Redaktion beigefügt ist.

Offene Stellen

Hausmeisterstelle
in Büro- und Verwaltungsverwaltung (Dienstwohnung, Bedienung der Zentralheizung) sofort oder später zu belegen. Bewerber mit Büchereireinigung übernehme. Aufwachen einwöchentlich. Nur tüchtige evang. nationalgef. Bewerber, möglichst getrennte Handwerker, werden hier mit Zeugnisbescheinigung unter D 20437 bei der Exp. dieser Zeitung.

Stellengeführte
Einrichtung u. laufende Führung der Geschäftsbücher (Bilanzen, Buchungen, Steuer- und geldl. Sachen erledigt) sofort zu belegen. Besondere Kenntnisse erforderlich. Fachmann. Beste Referenzen. Angebote u. Gehaltsantrag an die Exp. dieser Zeitung.

Schlosserlehrling
für Eltern 1933 gesucht für gew. Werkstatt. 2000 RM. Off. unter D 20408 an die Exp. d. Ztg.

Stubenmädchen
das Befähigung im Waschen u. Reinigen hat. Bezahlung 1200 RM. Off. unter D 20402 an die Exp. d. Ztg.

Mädchen
19-20 J. alt, gef. u. tüchtig. 60 L. Off. unter D 20401 an die Exp. d. Ztg.

Mädchen
das Kochen kann, ob einfache Küche mit guten Kenntnissen zum 1. Jan. gef. Bezahlung 1200 RM. Off. unter D 20403 an die Exp. d. Ztg.

Haustochter
zum 1. 1. 1933, mögl. mit Köchin, gef. (Einkaufshilfe). Off. unter D 20404 an die Exp. d. Ztg.

Flotte Genotyp
mit 1000 Schilling, f. Maß- u. Zahn. Büro. Off. unter D 20405 an die Exp. d. Ztg.

Haustochter
zum 1. 1. 1933, mögl. mit Köchin, gef. (Einkaufshilfe). Off. unter D 20404 an die Exp. d. Ztg.

Flotte Genotyp
mit 1000 Schilling, f. Maß- u. Zahn. Büro. Off. unter D 20405 an die Exp. d. Ztg.

Haustochter
zum 1. 1. 1933, mögl. mit Köchin, gef. (Einkaufshilfe). Off. unter D 20404 an die Exp. d. Ztg.

Flotte Genotyp
mit 1000 Schilling, f. Maß- u. Zahn. Büro. Off. unter D 20405 an die Exp. d. Ztg.

Haustochter
zum 1. 1. 1933, mögl. mit Köchin, gef. (Einkaufshilfe). Off. unter D 20404 an die Exp. d. Ztg.

Flotte Genotyp
mit 1000 Schilling, f. Maß- u. Zahn. Büro. Off. unter D 20405 an die Exp. d. Ztg.

Haustochter
zum 1. 1. 1933, mögl. mit Köchin, gef. (Einkaufshilfe). Off. unter D 20404 an die Exp. d. Ztg.

Flotte Genotyp
mit 1000 Schilling, f. Maß- u. Zahn. Büro. Off. unter D 20405 an die Exp. d. Ztg.

Haustochter
zum 1. 1. 1933, mögl. mit Köchin, gef. (Einkaufshilfe). Off. unter D 20404 an die Exp. d. Ztg.

Flotte Genotyp
mit 1000 Schilling, f. Maß- u. Zahn. Büro. Off. unter D 20405 an die Exp. d. Ztg.

Haustochter
zum 1. 1. 1933, mögl. mit Köchin, gef. (Einkaufshilfe). Off. unter D 20404 an die Exp. d. Ztg.

Flotte Genotyp
mit 1000 Schilling, f. Maß- u. Zahn. Büro. Off. unter D 20405 an die Exp. d. Ztg.

2 voll. Schlafz. frei
Zimmerstraße 16 I.
Möbl. freundlich
Zimmer
sofort zu verm. Wohn-
möbl. Landberger
Straße 69, I. r.

Gut möbl. 3im.
entw. 2 Betten, Koch-
geheiß, frei. Nach-
w. u. Veranda. Unter-
str. 16, I. rechts.

Gut möbl. 3im.
entw. 2 Betten, Koch-
geheiß, frei. Nach-
w. u. Veranda. Unter-
str. 16, I. rechts.

Zu verkaufen
Piano
fast neu, aus Privat-
besitz billig zu verk.
Off. unter D 20403 an
die Exp. d. Ztg.

Pa. Tafelstapel
in kleinen und groß.
Quanten verkauft
Karl Nedke,
L. Querfurt 322.
Bismarckstr. 46, III.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Möbl. Schlafz.
sofort zu vermieten
Mittelstr. 3 pt.

Kunstmal- Artikel

Malkisten
für Öl- und Aquarell-Malerei
Kellrahmen, Malleinen etc.
Puppenmodell- und
Spielekasten
Kinderwagenverdeck-Laokfarben
Schlack, schnee- und wetterfest
Hockeyball-Lack,
stolz- und schlagfest
Sauben Sie billig in unseren
Spezialgeschäften
am Reich u. Herrenstr. 11
Meass & Co.

Puppenstube, Kat-
tischstube zu verk.
Germastr. 5, III.

Zeich
Reus Modell II,
mit Zubehör, ver-
sch. Sch. u. Weim-
straße 10, III.

Wollf-Piano,
schwarz, Silber-Ref.,
17 Klänge, gr. Maß-
maschine f. Kell-
über. Gute Ton-
ausf. sehr gut erh.
Offert. unt. D 20431
an die Exp. d. Ztg.

2 Klaviere
ein Sprechapparat
mit Platt. billig zu
verkaufen. Weiden-
plan Nr. 28, I.

Mähmaschine
zu verkaufen. (Zing-
stunde). Preis-
liste 6, part.

Ein Satz
Kollwagen
(neu) 50 mit 70,
1 Satz Gummirad
geb. 111 mit 88 zu
verk. Mägdeburger
Straße Nr. 52.

Zum
Selbstkostenpreises
Kleppner-Pianos
Sprechapparate
Piano-Lüders
Schulstraße 10

Wagenverkauf
ein Sanbauer,
ein Gefährt,
simp. ein Paar
Kutschgeschirre.
Tuchschere,
Mägdeburger Str. 52

Schlittschuhe
verkauft, zum Ver-
kauf, Gr. 37 und
38, für 6 RM. und
Eisportschuhe zu verk.
Lindenstraße 59, pt.

Weihn.-Bäume
hat noch abzugeben
Cito Wagner,
Bertr. Nr. 240 Am
Kollfstraße.

Schreibmaschine
mit Tisch (Weid-
hoff) für 85 RM.
zu verkaufen. Miel-
germannstraße 31.

Mittlere
Badwanne
zu verkaufen. Jintz
gartenstraße 7, II.

Salon mit Birne
verkauft Brinmann,
Kellstraße 46, Kol.

Die u. Kellstraße
in 4 Bd., neu, d. s. b.
Preis: 100 RM. Off.
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

Reichsdrückung

1928, für 15 RM. zu
verkaufen. Berliner
Straße 6, I. links.

**Belohnungs-
gelde**
Reus Grammo-
phon, buntel. mit
19 mod. gr. Platten
(Schranke), 36 RM.
Grüßbaum - Beien-
tanz, 16 Platten, m.
ad. Jubel, 6 RM.
Wein - Bonis mit
Bronze-Interlag, ee-
gentl. Schenkung,
9 RM. Herren-Beiz-
Jagdmasch. gut erh.
mit Umförmelieren,
7 RM. Herren-
gürtel, fast neu, 16
16 5 RM. Off. unt.
D 20422 an die Exp.
dieser Zeitung.

Gute Pianos
verkauft zu kleinen Preisen
Piano-
haus
Gr. Ulrichstraße 11

2 Klaviere
ein Sprechapparat
mit Platt. billig zu
verkaufen. Weiden-
plan Nr. 28, I.

Mähmaschine
zu verkaufen. (Zing-
stunde). Preis-
liste 6, part.

Ein Satz
Kollwagen
(neu) 50 mit 70,
1 Satz Gummirad
geb. 111 mit 88 zu
verk. Mägdeburger
Straße Nr. 52.

Zum
Selbstkostenpreises
Kleppner-Pianos
Sprechapparate
Piano-Lüders
Schulstraße 10

Wagenverkauf
ein Sanbauer,
ein Gefährt,
simp. ein Paar
Kutschgeschirre.
Tuchschere,
Mägdeburger Str. 52

Schlittschuhe
verkauft, zum Ver-
kauf, Gr. 37 und
38, für 6 RM. und
Eisportschuhe zu verk.
Lindenstraße 59, pt.

Weihn.-Bäume
hat noch abzugeben
Cito Wagner,
Bertr. Nr. 240 Am
Kollfstraße.

Schreibmaschine
mit Tisch (Weid-
hoff) für 85 RM.
zu verkaufen. Miel-
germannstraße 31.

Mittlere
Badwanne
zu verkaufen. Jintz
gartenstraße 7, II.

Salon mit Birne
verkauft Brinmann,
Kellstraße 46, Kol.

Die u. Kellstraße
in 4 Bd., neu, d. s. b.
Preis: 100 RM. Off.
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

Perserteppiche

u. Wägen werden bringend. Barzahlung
zu jetz. annehm. Gebot zu verk. Offert.
u. Sch. II D 14226 an die Exp. d. Ztg.

Schlafzimmer
3 m breit, moderne
Ausführung, m. rund.
Gef., Filizier, Aus-
baum polier.
375.-
Normalwert 600 RM.
Hallenla.
Mägdeburger Str. 1,
am Reichsdrückung.

Gute Pianos
verkauft zu kleinen Preisen
Piano-
haus
Gr. Ulrichstraße 11

2 Klaviere
ein Sprechapparat
mit Platt. billig zu
verkaufen. Weiden-
plan Nr. 28, I.

Mähmaschine
zu verkaufen. (Zing-
stunde). Preis-
liste 6, part.

Ein Satz
Kollwagen
(neu) 50 mit 70,
1 Satz Gummirad
geb. 111 mit 88 zu
verk. Mägdeburger
Straße Nr. 52.

Zum
Selbstkostenpreises
Kleppner-Pianos
Sprechapparate
Piano-Lüders
Schulstraße 10

Wagenverkauf
ein Sanbauer,
ein Gefährt,
simp. ein Paar
Kutschgeschirre.
Tuchschere,
Mägdeburger Str. 52

Schlittschuhe
verkauft, zum Ver-
kauf, Gr. 37 und
38, für 6 RM. und
Eisportschuhe zu verk.
Lindenstraße 59, pt.

Weihn.-Bäume
hat noch abzugeben
Cito Wagner,
Bertr. Nr. 240 Am
Kollfstraße.

Schreibmaschine
mit Tisch (Weid-
hoff) für 85 RM.
zu verkaufen. Miel-
germannstraße 31.

Mittlere
Badwanne
zu verkaufen. Jintz
gartenstraße 7, II.

Salon mit Birne
verkauft Brinmann,
Kellstraße 46, Kol.

Die u. Kellstraße
in 4 Bd., neu, d. s. b.
Preis: 100 RM. Off.
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

**Reinigungs- u. Re-
staurant, modern,**
zu verkaufen. Reuter 6
part. rechts.

Ein Geschenk
für Jahrzehnte: Der unsterbliche
Orien-Teppich
Belutschistan-Brücken 45.- 55.- 65.-
Schirwan-Brücken . . 40.- 50.- 60.-
Afghan-Teppich 225/325 cm . . 475.-
Joraghan-Teppich 270/350 cm . . 635.-
Besichtigen Sie unsere Teppich-Ausstellung
in den bisherigen Räumen der Dresdner
Bank am Markt
Sonntag, d. 18. Dez., von 12-18 Uhr geöffnet
Arnold & Trohisch
Halle (Saale) - Gr. Ulrichstraße 1

30 Delgemilde
Sportbill. zu verkaufen.
Streitbergstr. 10, pt.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

3-3-Wohnung
sofort oder 1. Jan.
1933 zu mieten gef.
Angeb. unt. D 20439
an die Exp. d. Ztg.

Weihnachtskalender
der Saale-Zeitung
in
12
TAGEN
ist Weihnachten!
Haben Sie schon die Zigarren
für Ihren Mann besorgt?

Leonhardt & Schlesinger
Halle • Ammendorf • Leuna

Kinder-Ski kompl. mit Bindung und Stöcken **10.-**
Jugend-Ski kompl. mit Bindung und Stöcken **12.75** an
Volks-Ski komplett, mit Bindung **15.75** 15.- **14.25** 150 cm
Touren-Ski „Hickory“ **24.55** komplett mit Bindung
Sämtliche Zubehöriteile, Ersatzteile, Wachs usw.
Schlittschuhe ... von **1.90** an
Redelschlitzen ... von **3.85** an

Für den Wintersport!
sind wir das richtige Fachgeschäft!

ostpreussischer Kühe
hochtragend und neamlichend, zum Verkauf bei uns ein.
Oberländer & Buchheim
Halle (Saale), Deltzacher Straße 10
Ab Mittwoch, den 14. d. M. sieht ein großer Transport hochtragender, frischmilchender Kühe aus Farsen a. c. n. s. Zuchtbo len preiswert zum Verkauf.
Halle (Saale), Königstr. 62. Tel. 337.17.

